

**Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher**  
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.304.283

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)14852/J-NR/2023

Wien, am 20. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Julia Elisabeth Herr und weitere haben am 20.04.2023 unter der **Nr. 14852/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Österreichs Einsatz für ein starkes Lieferkettengesetz** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

#### **Zur Frage 1**

- *Wie verlief der Austausch betreffend EU-Lieferkettengesetz mit folgenden Institutionen und Organisationen über die Jahre 2022 und 2023 hinweg?*
  - *Bundeskanzleramt*
  - *Bundesministerium für Finanzen*
  - *Bundesministerium für Justiz*
  - *Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten*
  - *Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie*
  - *Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz*
  - *Arbeiterkammer*
  - *ÖGB*
  - *Wirtschaftskammer*
  - *Industriellenvereinigung*

- *Rechtsanwaltschafskammer*

Den genannten Ressorts und Stakeholdern werden von Beginn an die jeweiligen Textvorschläge betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 (CSDDD) zur schriftlichen Stellungnahme übermittelt; ebenso die jeweiligen Protokolle der Ratsarbeitsgruppensitzungen. Darüber hinaus gibt es auch einen persönlichen Austausch sowohl auf Fachebene, als auch auf politischer Ebene im Rahmen verschiedener Gespräche und zweier Round-Table-Diskussionen zur CSDDD, die vom Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft organisiert wurden. Zudem werden Gespräche mit betroffenen Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen geführt.

### **Zur Frage 2**

- *Wie verlief der Austausch betreffend EU-Lieferkettengesetz mit NGOs über die Jahre 2022 und 2023 hinweg?*
  - *Mit welchen NGOs standen Sie bzw. Ihr Ministerium dabei in Kontakt?*

Auch Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft wurden in den Konsultationsprozess eingebunden; schriftliche Stellungnahmen wurden von den Organisationen Fairtrade, Netzwerk Soziale Verantwortung, Dreikönigsaktion, European Center for Constitutional and Human Rights, European Coalition for Corporate Justice, Gemeinwohlstiftung, Südwind, Clean Clothes Kampagne, AG Globale Verantwortung sowie Global 2000 erstattet.

Im Übrigen wurde seitens des Bundesministeriums für Justiz (BMJ) und des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) im Rahmen der Plenarveranstaltung zum Follow-Up Prozess des Universal Periodic Review am 30. Juni 2022 über den Richtlinienvorschlag berichtet.

### **Zur Frage 3**

- *Was war das Ergebnis des ersten Runden Tisches vom 4. Oktober 2022?*

Die Roundtable-Diskussion im Bundesministerium für Justiz am 4. Oktober 2022 diente der Diskussion der Themenbereiche "Anwendungsbereich des Richtlinienvorschlags", "Etablierte Geschäftsbeziehungen versus risiko-basierter Ansatz" sowie "Haftungskonzept des Richtlinienvorschlags". Der Teilnehmerinnen- und Teilnehmerkreis setzte sich aus Sozialpartnern, Berufsvertretungen, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie relevanten Bundesministerien zusammen. Die Diskussionen waren sehr konstruktiv und positiv, zeig-

ten aber auch unterschiedliche Meinungen und Positionen gegenüber dem Vorschlag auf. Dabei hat sich einmal mehr gezeigt, dass speziell beim Anwendungsbereich seitens der verschiedenen Stakeholder konträre Ansichten bestehen.

#### **Zur Frage 4**

- *Was war das Ergebnis des zweiten Runden Tisches vom 19. Oktober 2022?*

Die Roundtable-Diskussion im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft am 19. Oktober 2022 widmete sich den Themenbereichen "Sanktionen und Vollzug", "Geschäftsführerpflichten" sowie "Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen, insbesondere für KMU". Auch hier wurde zum Teil kontrovers diskutiert.

#### **Zu den Fragen 5 bis 12**

- *Wann legte die tschechische Ratspräsidentschaft den ersten Kompromissvorschlag vor?*
- *Wie verlief der Austausch darüber auf EU-Ebene?*
- *Wie haben Sie bzw. Ihr Ministerium sich in diesen Austausch eingebracht?*
- *Welche Kritikpunkte hatte Österreich am ersten Kompromissvorschlag?*
- *Wie wurden diese eingebracht?*
- *Wie verlief der weitere Prozess bis zum Kompromissvorschlag, auf den sich die EU-Staaten am 1. Dezember 2022 einigten?*
- *Wie haben Sie bzw. Ihr Ministerium sich in diesen Prozess eingebracht?*
- *Wurden Kritikpunkte Österreichs berücksichtigt?*

Der erste Kompromisstext des tschechischen Vorsitzes datiert vom 25. Juli 2022. Es fanden insgesamt zwölf Ratsarbeitsgruppensitzungen, zuletzt am 15. November 2022, sowie fünf Sitzungen des Ausschusses der Ständigen Vertreter (AStV), zuletzt am 30. November 2022, statt. Der tschechische Vorsitz legte acht Kompromisstexte vor, Österreich erstattete sechs schriftliche Gesamtstellungen, zuletzt am 21. Oktober 2022. Österreich war in sämtlichen Ratsarbeitsgruppen- sowie AStV-Sitzungen durch das Bundesministerium für Justiz und das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft vertreten.

Der weitere Austausch auf EU-Ebene verlief intensiv, zumal in einigen Bereichen (Finanzsektor, etablierte Geschäftsbeziehungen, Wertschöpfungskette und zivilrechtliche Haftung) teils sehr weit auseinanderliegende Positionen vorhanden waren. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft sowie jene der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Zivilgesellschaft hatten, insbesondere was den Anwendungsbereich wie auch das Haftungsregime betrifft, durchwegs divergierende Auffassungen. Während die Vertre-

terinnen und Vertreter der Wirtschaft nur Unternehmen ab 1.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Richtlinie umfasst sehen wollen, wäre es im Sinne der Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sämtliche Unternehmen der Richtlinie zu unterwerfen. Auch sollen aus Sicht der Letztgenannten die sogenannten High-Impact-Sektoren ausgeweitet werden. Übereinstimmung bestand darin, dass das im Vorschlag der Europäischen Kommission und auch im ersten Kompromisstext noch enthaltene Konzept der "Etablierten Geschäftsbeziehung" zugunsten eines Konzepts der Priorisierung gemäß eines risikobasierten Ansatzes zu streichen wäre. Dafür hat sich Österreich eingesetzt und der Richtlinien-Text wurde entsprechend verändert.

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft hat die Co-Zuständigkeit mit dem Bundesministerium für Justiz für den gegenständlichen Richtlinienvorschlag. Es wurden die jeweils sehr hochfrequent seitens des tschechischen Vorsitzes übermittelten Kompromisstexte an die Stakeholderinnen und Stakeholder weitergeleitet und deren schriftlichen Stellungnahmen eingeholt und ausgewertet. Sodann hat Österreich eine schriftliche Gesamtstellungnahme an den tschechischen Vorsitz übermittelt.

#### **Zu den Fragen 13 und 14**

- *War Ihnen bekannt, dass eine Einigung noch während der tschechischen Ratspräsidentschaft angestrebt wird?*
- *Haben Sie bereits vor dem 1. Dezember 2022 angebracht, dass Sie nicht genügend Zeit sehen, um alle Fragen zu klären?*

Ja.

#### **Zu den Fragen 15 bis 24**

- *Im Vorfeld der Sitzung vom 1. Dezember 2022, war Ihr Abstimmungsverhalten Thema innerhalb der Bundesregierung?*
  - *Wenn ja, inwiefern?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Im Vorfeld der Sitzung vom 1. Dezember 2022, waren Sie mit einem der folgenden Regierungsmitglieder betreffend Abstimmungsverhalten in Kontakt?*
  - *Bundeskanzleramt*
  - *Bundesministerium für Finanzen*
  - *Bundesministerium für Justiz*
  - *Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten*

- *Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie*
- *Wenn Sie mit einem dieser Regierungsmitglieder betreffend Abstimmungsverhalten in Kontakt standen, was war das jeweilige Ergebnis dieses Austausches?*
- *Gab es eine regierungsinterne Übereinkunft, dem Kompromissvorschlag vom 1. Dezember 2022 zuzustimmen?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
  - *Wenn ja, warum haben Sie sich dann enthalten?*
- *Gab es eine regierungsinterne Übereinkunft, sich bei der Abstimmung zu enthalten?*
  - *Wenn ja, warum?*
  - *Wenn nein, warum haben Sie sich dann enthalten?*
- *Gab es eine regierungsinterne Übereinkunft, den Kompromissvorschlag vom 1. Dezember 2022 abzulehnen?*
  - *Wenn ja, warum?*
  - *Und warum haben Sie sich dann enthalten?*
- *Wann haben Sie sich entschlossen sich bei der Sitzung zu enthalten?*
  - *Und aus welchen Gründen?*
- *Welche Kritikpunkte haben Sie am Kompromissvorschlag vom 1. Dezember 2022?*
- *Haben Sie im Vorfeld des 1. Dezember 2022 mit Vertreterinnen aus dem Banken- und Finanzsektor bezüglich Lieferkettengesetz Gespräche geführt?*
  - *Wenn ja, mit wem?*
  - *Wenn ja, was war der Inhalt dieser Gespräche?*
  - *Wenn ja, warum wurden diese Gespräche nicht im Zuge der Round Tables geführt, die für alle Stakeholder offen waren?*
- *Laut einem Bericht der Wiener Zeitung gäbe es Ihnen zufolge "eine klare Stellung des Finanzministeriums für eine Ausnahme" des Finanzsektors vom Anwendungsbereich der Richtlinie. Wie und zu welchem Zeitpunkt wurde Ihnen diese Position des BMF kommuniziert?*
  - *War diese Position des BMF ausschlaggebend für Ihre Positionierung?*

Ich habe am EU-Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 1. Dezember 2022 teilgenommen, da die Frau Bundesministerin für Justiz zeitgleich im Justizausschuss im österreichischen Parlament war. Da sowohl das BMAW als auch insbesondere das Bundesministerium für Finanzen (BMF) noch weiteren Diskussionsbedarf sahen, konnte trotz intensiver Gespräche kein gemeinsames Abstimmungsverhalten vereinbart werden.

Grundsätzlich werden seitens des BMAW die Ziele der Richtlinie sowie eine einheitliche europäische Lösung unterstützt. Die Kritikpunkte des Ressorts betrafen die Definition und Reichweite des Begriffs "Wertschöpfungskette".

Mit E-Mail vom 11. November 2022 langte eine Stellungnahme des BMF ein, in der erstmalig mitgeteilt wurde, sich auf Basis der vorliegenden Texte explizit gegen eine Allgemeine Ausrichtung den Finanzmarkt betreffend auszusprechen, solange die finanzmarktspezifischen Vorschriften der CSDDD inhaltlich nicht mit den europäischen Vorschriften des Finanzsektors abgestimmt seien. Im Anschluss dazu fanden zwischen den betroffenen Ressorts Gespräche auf politischer Ebene statt. Dazu ist im Detail auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14854/J durch den Herrn Bundesminister für Finanzen zu verweisen.

#### **Zur Frage 25**

- *Das EU-Lieferkettengesetz ist eine horizontale Regelung, die grundsätzlich alle Sektoren betrifft. Weshalb soll es für den Finanzsektor Sonderregelungen geben?*

Diesbezüglich ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 14854/J durch den Herrn Bundesminister für Finanzen zu verweisen.

#### **Zu den Fragen 26 bis 29**

- *Fanden Ihrerseits seit dem 1. Dezember 2022 Gespräche auf europäischer oder österreichischer Ebene statt, um Antworten auf diese Kritikpunkte zu finden?*
  - *Wenn ja, mit wem und mit welchem Resultat?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Fanden Ihrerseits seit dem 1. Dezember 2022 Gespräche mit den in Frage 1 und 2 genannten Institutionen und Organisationen betreffend EU-Lieferkettengesetz statt?*
  - *Wenn ja, mit wem und mit welchem Resultat?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*
- *Was ist Ihre Position für die weiteren Verhandlungen auf europäischer Ebene?*
- *Der ENVI-Ausschuss des EU-Parlaments hat sich am 9. Februar 2023 für strengere Regeln hinsichtlich Umwelt- und Klimaschutzgesetz im Zuge des Lieferkettengesetzes ausgesprochen. Unterstützen Sie die Punkte des dort beschlossenen Antrags?*

Das Bundesministerium für Justiz und das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft führten den Austausch mit den Stakeholderinnen und Stakeholdern fort. Nach nunmehr-

gem Vorliegen des Plenarvotums des Europäischen Parlaments kann dieser Konsultationsprozess zielgerichtet und vertieft fortgesetzt werden.

#### **Zur Frage 30**

- *Arbeiten Sie bzw. Ihr Ministerium an einem österreichischen Lieferkettengesetz?*
  - *Wenn ja, mit wem sind Sie diesbezüglich in Austausch und wie geht es dabei voran?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*

Der konkrete Umsetzungsprozess samt diesbezüglichem Stakeholderaustausch wird unverzüglich mit Veröffentlichung der Richtlinie im Amtsblatt der Europäischen Union begonnen. Derzeit werden zur nationalen Umsetzung der CSDDD bereits erste grundlegende Überlegungen zur nationalen Umsetzung der CSDDD angestellt.

Europaweit einheitliche Rechtsvorschriften verhindern eine Fragmentierung der rechtlichen Standards innerhalb der EU, gewährleisten Rechtssicherheit, verbessern den Zugang zu einem effektiven Rechtsschutz und stärken die Unternehmensverantwortlichkeit.

#### **Zur Frage 31**

- *Arbeiten Sie bzw. Ihr Ministerium an einem internationalen Lieferkettengesetz?*
  - *Wenn ja, mit wem sind Sie diesbezüglich in Austausch und wie geht es dabei voran?*
  - *Wenn nein, warum nicht?*

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in meinen Zuständigkeitsbereich.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt